P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport
der Stadt Georgsmarienhütte vom 22.11.2018
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181,

Anwesend:

Vorsitz

Ruthemeyer, Christoph

Mitglieder

Olbricht, Jutta	
Averdiek, Andre	
Beermann, Volker	Vertretung für Herrn Symanzik
Ferié, Friedrich, Dr.	
Funke, Petra	
Gröne, Christoph	
Knappheide, Christine	
Krüger, Sebastian	
Lüchtfeld, Johanna	Vertretung für Herrn Ahmed
Ruthemeyer, Sarah	
Spreckelmeyer, Margit	
Springmeier, Wolfgang	
Schmechel, Peter	ab TOP 3

Verwaltung

Plogmann, Karl-Heinz	Erster Stadtrat
Börger, Johannes	Kulturreferent - bis TOP 5
Happe, Cordula	Leiterin FB III
Hornstein, Anton	komm. Abt.leiter Gebäudemanagement
Dreier, Michael	komm. Abt.leiter Bildung und Sport
Von der Heide, Alexander	Abt.leiter Soziales und Jugend
Otten, Niklas	Stabsstelle - Pressestelle

Protokollführung

Geier, Jana
Riemann, Jessica

Fehlende Mitglieder

Ahmed, Malik Waseem	vertreten durch Frau Lüchtfeld
Symanzik, Julian	vertreten durch Herrn Beermann

Gäste

Dr. Granzow, Marina

Hinzugewählte

Funke, Leon
Gach, Hans Joachim
Reinhardt, Mark

beratende Mitglieder Jugendausschuss

Keiser-Scheer, Maria
Wickel, Ulrike

bis TOP 9

Beginn: 17:00 Uhr **Ende:** 20:25 Uhr

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/07/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 18.10.2018
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	kurzfristig eingegangene Anträge für die Haushaltsberatungen 2019
3.2.	Dirtpark - Sachstand
3.3.	Jugendtreff Holzhausen
3.4.	Aufnahmequote für Flüchtlinge zum 15.09.2018
4.	Pflichtenbelehrung und förmliche Verpflichtung a) des Elternvertreters im Schulausschuss sowie dessen Stellvertreter b) eines beratenden Mitglieds im Jugendausschuss Vorlage: MV/037/2018
5.	Entwurf des Budgets 2019 für den Teilhaushalt 10 - Kultur Vorlage: MV/029/2018
6.	Anfragen Stabsstelle Bürgermeister - Kultur
7.	Schulstruktur im Sekundarbereich I - Zufriedenheitsanalyse / Elternbefragung Vorlage: BV/160/2018/1
8.	Auszahlung von städtischen Fördermitteln für die jugendpflegerischen Maßnahmen, die zu spät beantragt worden waren - Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: BV/253/2018

- 9. Entwurf des Fachbereichsbudget III, Teilhaushalte Bildung und Sport, Soziales, Jugend, 2019
Vorlage: MV/030/2018
- 9.1. Entwurf des Fachbereichsbudget III, Teilhaushalte Bildung und Sport, Soziales, Jugend, 2019
Vorlage: MV/030/2018/2
- 10. Beantwortung von Anfragen
- 11. Anfragen
- 11.1. Vorstellung der neuen Flüchtlingssozialarbeiterin der Caritas
- 11.2. Vereinsliste

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Ruthemeyer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung vom 07.11.2018 werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Es meldet sich Herr Markus Völskow, der zum TOP 9 „Entwurf des Fachbereichsbudget III – deckenmontierte Sportgeräte“ gehört werden möchte. Dieser Anhörung stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/07/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 18.10.2018

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird – bei 3 Enthaltungen – einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB III/07/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 18.10.2018 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. kurzfristig eingegangene Anträge für die Haushaltsberatungen 2019

Der erste Stadtrat Herr Plogmann erklärt, dass am heutigen Tage weitere Anträge zu den Haushaltsberatungen eingegangen sind. Eine entsprechende Mitteilungsvorlage ist am Nachmittag in das Ratsinformationssystem eingestellt worden.

Ein Antrag der CDU-Fraktion von Ausschussmitglied Herrn Gröne wurde in Abstimmung mit dem Antragssteller nicht in die Mitteilungsvorlage aufgenommen, da Mittel für die Außentreppe an der Dröperschule bereits als Haushaltsrest aus 2017 zur Verfügung stehen und keine erneute Entscheidung notwendig ist.

3.2. Dirtpark - Sachstand

Herr Von der Heide erläutert, dass der Fachbereich IV derzeit Ortstermine mit Anliegern und Jugendlichen koordiniert.

3.3. Jugendtreff Holzhausen

Herr Von der Heide führt aus, dass die Auflagen der Baugenehmigung vom Eigentümer noch nicht erfüllt und schriftlich bestätigt wurden und daher noch kein Mietvertrag geschlossen worden ist.

3.4. Aufnahmequote für Flüchtlinge zum 15.09.2018

Herr Von der Heide erklärt, dass zum 15.09.2018 eine neue Zuweisungsquote vom Land Niedersachsen bekannt gegeben worden ist, wonach der Landkreis Osnabrück 528 neue Flüchtlinge und zusätzlich 176 Personen aufgrund der Unterquote aus 2018 aufnehmen muss. Insgesamt sind somit bis Ende 2019 landkreisweit 704 Personen aufzunehmen.

Auf die Stadt Georgsmarienhütte entfallen 50 Personen zuzüglich drei weitere aus der bestehenden Unterquote, insgesamt also 53 Flüchtlinge. Am heutigen Tag wurde eine sechsköpfige Familie nach Georgsmarienhütte zugewiesen, sodass nunmehr 47 Personen verbleiben. Derzeit sind in der Unterkunft noch vier Zimmer frei und in nächster Zeit stehen Auszüge aus der Unterkunft in den offenen Wohnungsmarkt an, sodass weitere Verteilungen von den Landesaufnahmebehörden in die Stadt Georgsmarienhütte möglich sind.

4. Pflichtenbelehrung und förmliche Verpflichtung a) des Elternvertreters im Schulausschuss sowie dessen Stellvertreter b) eines beratenden Mitglieds im Jugendausschuss Vorlage: MV/037/2018

Nach der Pflichtenbelehrung und der förmlichen Verpflichtung durch den Ersten Stadtrat Herrn Plogmann stellen Frau Keiser-Scheer und Herr Gach sich kurz vor.

Frau Keiser-Scheer wohnt mit ihrer Familie in Hasbergen. Sie ist seit 26 Jahren beim Caritasverband beschäftigt.

Herr Gach wohnt in Georgsmarienhütte und ist seit 20 Jahren als Lehrer tätig.

Beide freuen sich auf die Arbeit im Ausschuss und möchten Ihre Erfahrungen einbringen.

5. Entwurf des Budgets 2019 für den Teilhaushalt 10 - Kultur Vorlage: MV/029/2018

Ausschussmitglied Frau Olbricht erläutert den Antrag der SPD/FDP-Gruppe, nach dem der Eingangsbereich der Kunstschule Paletti befestigt werden soll.

An der Kunstschule Paletti kommt es immer wieder zu Verstopfungen der Regenrinne durch Kieselsteine, wodurch Wasser ins Haus eindringt. Es sollte bei der geplanten Neugestaltung der Anlage zumindest ein Provisorium geschaffen werden, um dies künftig zu verhindern.

Weiterhin erkundigt sich Ausschussmitglied Frau Olbricht, warum in diesem Jahr die Veranstaltung „Rock in der Region“ nicht in der Alten Wanne stattgefunden hat.

Hierzu erklärt Fachbereichsleiterin Frau Happe, dass die Räumlichkeiten im Obergeschoss über keinen zweiten Rettungsweg verfügen und dort daher nur Veranstaltung für bis zu max. 50 Personen stattfinden können. Zwei alternativ angebotene Standorte, die Turnhalle der Alten Wanne und die Aula der Realschule, wurden als Veranstaltungsort angeboten, aber von den Veranstaltern abgelehnt.

Schließlich führt Frau Olbricht aus, dass die Kapazitäten für Veranstaltungen in der Aula der Realschule eingeschränkt wurden. Für eine Aufführung wie das Wintermärchen der Waldbühne wäre ein größeres Publikum wünschenswert.

Herr Hornstein erklärt, dass die Kapazitäten nicht eingeschränkt wurden. Die Aula verfügt zwar über zwei Rettungswege, bei einem dieser Flucht- und Rettungswege ist aber die Breite sowohl der Durchgangstür als auch der Treppenhäuser begrenzt, sodass eine höhere Personenzahl nicht zulässig ist. Eine bauliche Veränderung ist aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nicht ohne weiteres möglich. Die Installation einer Außentreppe mit Öffnung der Fassade und Errichtung eines Podestes bedürfte einer Baugenehmigung und würde einen größeren Eingriff darstellen, der bislang politisch nicht diskutiert wurde. Eine Priorisierung der Maßnahme wäre außerdem erforderlich.

Die Ausschussmitglieder Frau Knappeide und Herr Krüger begrüßen die Förderung der Jubiläumsveranstaltungen in den Stadtteilen Holzhausen und Harderberg mit Zuschüssen.

Ausschussmitglied Frau Funke legt dar, dass für die Sanierung der Aussichtstürme im Haushalt die Kosten für ein Sanierungskonzept eingestellt sind. Sie beantragt, darüber hinaus 300.000,00 € für die eigentliche Sanierung in den Haushalt einzustellen.

Ausschussmitglied Herr Springmeier erkundigt sich nach den Planungen für die Wassertretstelle. Herr Börger führt dazu aus, dass bislang in die vorhandene Wassertretstelle nicht viel investiert worden sei und eine Verlegung in den Kasinopark geplant werde. Die dafür benötigten Mittel müssten in den Haushalt eingebracht werden. Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer erklärt, dass die SPD/FDP-Gruppe anhand der Prioritätenliste andere Projekte als wichtiger erachtet und für die Wassertretstelle keinen dringenden Handlungsbedarf sieht.

Ausschussmitglied Herr Averdiek betont, dass die Sanierung der Aussichtstürme dringend vorangetrieben werden sollte.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer erklärt, dass über ungeprüfte Summen nicht diskutiert werden kann.

Fachbereichsleiterin Frau Happe ergänzt, dass ohne ein Sanierungskonzept keine konkreten Kosten benannt werden können. Beim Antrag von Frau Funke handelt es sich daher um einen rein politischen Antrag.

Herr Plogmann erklärt, dass 40.000,00 € investiv im Haushaltsentwurf berücksichtigt worden sind, bevor der endgültige Beschluss der Sanierung gefasst worden ist. Die Sanierung

selbst, die sicherlich teurer sein wird, müsse wohl im Ergebnishaushalt gebucht werden und würde das Defizit entsprechend erhöhen.

Herr Beermann sieht eine grundsätzliche Bereitschaft für die Sanierung der Türme gegeben, hält eine schnelle Abstimmung über eine Summe von 300.000,00 € aber für sehr ungewöhnlich.

Ausschussmitglied Herr Dr. Ferié spricht sich dafür aus, eine Entscheidung auf Zahlen und Fakten zu basieren.

Ausschussmitglied Herr Averdiek erkundigt sich, wie es sich verhielte, wenn die Sanierungskosten bei 50.000,00 € pro Turm liegen würden.

Herr Plogmann erklärt, dass aus dem ursprünglichen Ansatz 100.000,00 € zur Verfügung stehen. Die Summe von 300.000,00 € ist aus dem Raum gegriffen, jede andere Summe wäre das auch. Konkrete Zahlen sind noch nicht bekannt.

Ausschussmitglied Frau Funke bestätigt, dass es sich um eine Schätzung handelt. Sie befürchtet, dass nach Vorliegen des Sanierungsgutachtens das Geld zunächst fehlen und über einen Nachtragshaushalt eingebracht werden müsste. Die Umsetzung sollte aber so schnell wie möglich stattfinden, so dass das Geld bereits jetzt im Haushalt eingeplant werden sollte.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer über die verschiedenen Punkte abstimmen:

Die Ansätze für das **Produkt 281.01 Förderung der Kulturarbeit** werden mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

Der Ansatz für das **Produkt 281.03 Kulturelle Veranstaltungen** wird mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

Investitionsplan 2019:

- **Bühnenentwicklung Waldbühne**
Der Ansatz in Höhe von 10.000 € wird mit einstimmigem Abstimmungsergebnis in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.
- **Sanierung Aussichtstürme – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Einstellung von 300.000 € in den Haushaltsplanentwurf 2019 für die Sanierung der Türme**
Der Antrag wird mit 6 Nein- und 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
- **Wassertretstelle Kasinopark**
Mit 6 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen wird der Ansatz für die Neuplanung der Wassertretstelle nicht in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

6. Anfragen Stabsstelle Bürgermeister - Kultur

Es liegen keine Anfragen vor.

7. Schulstruktur im Sekundarbereich I -

Zufriedenheitsanalyse / Elternbefragung

Vorlage: BV/160/2018/1

Fachbereichsleiterin Frau Happe gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Arbeit der Lenkungsgruppe und bittet dann Frau Dr. Granzow um eine Vorstellung der Zufriedenheitsanalyse und der erarbeiteten Fragebögen für den Primar- und Sek I-Bereich. Frau Dr. Granzow erklärt, dass die Fragebögen dazu dienen herauszufinden, wie zufrieden Eltern und Schüler sind, was ihnen an Angeboten ggf. fehlt und welche Faktoren für die kommenden Schulentscheidungen wichtig sind. Ziel ist es, hierzu Korrelationen herauszuarbeiten. Die Zufriedenheitsanalyse soll keine Qualitätsstudie sein, die Schulen bzw. den Unterricht oder einzelne Lehrer bewertet. Sofern die Durchführung anhand der Fragebögen von den politischen Gremien beschlossen wird, sieht der weitere Zeitplan vor, dass nach dem Ratsbeschluss am 13.12.2018 die Startphase mit einem Vorlauftest beginnt. Ab Mitte Januar 2019 findet dann in Absprache mit den Schulen die Erhebung im Verlauf von zwei Wochen statt. Für die Eingabe der Daten wird etwa eine weitere Woche benötigt und im Anschluss daran erfolgt im Februar für ca. vier Wochen die Auswertung der Befragung und Erstellung des entsprechenden Berichts. In der Sitzung des Fachausschusses am 21.03.2019 könnte dieser Bericht dann vorgestellt werden. Momentan wird noch auf das Angebot des Büros für leichte Sprache gewartet, welches die Fragebögen hinsichtlich der sprachlichen Gestaltung überarbeiten würde, um einen niedrigschwelligeren Zugang zu ermöglichen. Inhaltliche Änderungen werden dabei nicht vorgenommen. In den Fragebögen noch enthaltene Tippfehler werden ebenso noch behoben.

Ausschussmitglied Frau Olbricht zeigt sich erfreut darüber, dass der Vorgang jetzt so weit vorangeschritten ist, dass darüber beschlossen werden kann. Mit den bestehenden Schulen ist sie zufrieden, eine IGS sollte nicht mit dem Kopf durch die Wand durchgesetzt werden.

Ausschussmitglied Herr Schmechel beantragt die Aufnahme einer weiteren Frage in die Fragebögen. Es soll abgefragt werden, welchen Schulabschluss sich die Eltern für ihr Kind wünschen. Dies sei in der Lenkungsgruppe bereits diskutiert und abgelehnt worden, dennoch sollte sich der Fachausschuss noch einmal damit befassen und die Vorlage der Lenkungsgruppe nicht ohne weiteres übernehmen. Eine IGS würde mehr Menschen den Abiturabschluss ermöglichen und eine bessere Bildung würde zu mehr qualifizierten Menschen führen. Weiterhin bemängelt er die Formulierung unter Punkt 4 zur Zufriedenheit mit der aktuellen Schulstruktur als grammatikalisch unpassend und zu akademisch formuliert.

Ausschussmitglied Herr Krüger spricht Frau Dr. Granzow seinen Dank für die objektive Arbeit in der Lenkungsgruppe aus. Die CDU-Fraktion unterstützt die Analyse so wie sie vorliegt.

Ausschussmitglied Frau Funke spricht Frau Dr. Granzow ebenfalls ihren Dank aus. Für den Antrag von Herrn Schmechel hat sie kein Verständnis, da die Inhalte der Fragebögen in der Lenkungsgruppe ausführlich diskutiert wurden und nun endlich mit der Zufriedenheitsanalyse begonnen werden sollte.

Das hinzugewählte beratende Mitglied Frau Wickel gibt den Bildungsstand der Eltern zu bedenken. Bei manchen Migranten ist fraglich, ob sie überhaupt eine Schule besucht haben und als Analphabeten den Fragebogen ohne Hilfe ausfüllen können.

Der hinzugewählte Elternvertreter Herr Gach verweist auf die Stellungnahme des Stadtelternrates zu TOP 6 aus der Sitzung vom 23.08.2018. Die Abfrage der Zufriedenheit ist erforderlich, um das weitere Vorgehen zu planen.

Der hinzugewählte Lehrervertreter Herr Reinhardt gibt zu bedenken, dass die Rücklaufquote niedriger liegen könnte als erwartet. Die vorliegenden Fragebögen bilden einen Kompromiss

ab und er hält sie in Teilen für nicht gut gelungen. Dennoch sollten nochmalige Diskussionen zu den Fragebögen vermieden werden.

Ausschussmitglied Herr Averdiek erkundigt sich bei Frau Dr. Granzow, ob aus dem Bericht hervorgehen wird, warum Eltern ihr Kind auf eine weiterführende Schule außerhalb von Georgsmarienhütte schicken.

Frau Dr. Granzow entgegnet, dass es sich hier um eine schwierige Fragestellung handelt. Aktuell gehen ca. 375 Kinder auf weiterführende Schulen außerhalb von Georgsmarienhütte. Der Zugang zu den Eltern dieser Kinder wird momentan eruiert. Mit einem vierten Fragebogen würden diese dann befragt werden. Nach entsprechender Analyse könnte dann zu den Beweggründen eine Aussage getroffen werden.

Zur Abfrage der Elternwünsche wie es sich Herr Schmechel vorstellt, gibt Frau Dr. Granzow zu bedenken, dass Eltern ihre Kinder oft zur Wunschschulform schicken, auch wenn die Kinder nicht dafür geeignet sind. Dies resultiert dann meist in einen Abgang zu einer anderen Schulform zu einem späteren Zeitpunkt. Daher wurde diese Fragestellung bewusst nicht in die Fragebögen aufgenommen.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer erkundigt sich, warum dieser vierte Fragebogen nicht mit vorgelegt wurde.

Frau Dr. Granzow präzisiert daraufhin, dass dies in den Fragebogen der Elternbefragung Sekundarstufe I eingearbeitet und durch den Satz am Ende der zweiten Seite gekennzeichnet ist.

Ausschussmitglied Herr Dr. Ferié möchte wissen, inwieweit unvollständig ausgefüllte Fragebögen in die Analyse miteinbezogen werden.

Frau Dr. Granzow führt aus, dass bei einer bestimmten Rücklaufquote durch mathematische Tests und Korrelationen Berechnungen ermöglicht werden. Eine niedrige Rücklaufquote bei bestimmten Gruppen ist natürlich möglich. Sollte kein aussagekräftiger Rücklauf vorliegen, wird sie in ihrem Bericht entsprechend darauf eingehen.

Herr Dr. Ferié fragt an, ob in die mathematischen Berechnungen Einblick genommen werden könnte.

Dies sagt Frau Dr. Granzow zu. Sollten außerdem nach Vorliegen des Berichts noch weitere Interessenslagen angesprochen werden, steht sie für weitere Berechnungen noch für einen gewissen Zeitraum zur Verfügung.

Herr Averdiek regt an, einen Wettbewerb auszurufen, um die Rücklaufquote zu erhöhen. Beispielsweise könnte die Schule mit der höchsten Quote einen Stadtgutschein im Wert von 100,00 € erhalten.

Der Lehrervertreter Herr Reinhardt wendet dazu ein, dass die Schulen nur begrenzt Einfluss auf die Rücklaufquote nehmen können. Es besteht zwar ein Interesse an einer hohen Quote und die Schulen werden alles in ihrer Macht stehende dafür tun. Allerdings kann nichts dagegen unternommen werden, wenn die Fragebögen bei den Familien zu Hause nicht ausgefüllt werden.

Auch der Elternvertreter Herr Gach bestätigt, dass sich die Elternbeiräte in den jeweiligen Schulen für eine hohe Rücklaufquote einsetzen werden. Weitere Maßnahmen erachtet er als nicht erforderlich.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer sieht für die Eltern eine Riesenchance, mit ihrer Meinung gehört zu werden. Er rechnet daher mit einem hohen Rücklauf der Fragebögen.

Frau Dr. Granzow gibt zu bedenken, dass die Wissenschaft auf eine hohe Teilnehmerzahl keinen Einfluss nehmen kann. Der Faktor X ist nicht vorhersehbar. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass je größer die Betroffenheit von einem Thema, desto höher ist die Bereitschaft, an einer entsprechenden Befragung teilzunehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende zunächst über den Antrag von Herrn Schmechel abstimmen. Dieser wird mit 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Im Folgenden erfolgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 1 Enthaltung einstimmig gefasst:

Unter Verwendung der in der Sitzung der Lenkungsgruppe „Schulstruktur in Georgsmarienhütte“ am 16.10.2018 beratenen und beschlossenen Fragebögen wird eine Zufriedenheitsanalyse/Schulbefragung durchgeführt.

Befragt werden:

- a) Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereich I (Klasse 5 bis 10) der weiterführenden Schulen in Georgsmarienhütte
- b) Schülerinnen und Schüler aus Georgsmarienhütte des Sekundarbereiches I an Schulen außerhalb von Georgsmarienhütte
- c) Eltern der Schülerinnen und Schüler aus a) und b)
- d) Eltern mit Kindern im Primarbereich (Grundschulen) an Schulen in Georgsmarienhütte.

**8. Auszahlung von städtischen Fördermitteln für die jugendpflegerischen Maßnahmen, die zu spät beantragt worden waren - Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: BV/253/2018**

Ausschussmitglied Frau Ruthemeyer stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Im Anschluss erläutert Herr Von der Heide die vorliegende Beschlussvorlage. Er betont, dass in der Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit in der Stadt Georgsmarienhütte Fristen für die Antragsstellung festgelegt sind. Da diese Fristen nicht eingehalten wurden und die Anträge verspätet eingingen, wurden insgesamt sechs Anträge abgelehnt, ohne dass eine inhaltliche Prüfung erfolgte. Bei der im Antrag der CDU-Fraktion benannten Summe in Höhe von 5.910,70 € handelt es sich folglich um eine von der Verwaltung inhaltlich nicht geprüfte Summe.

Nach der inhaltlichen Prüfung von der zuständigen Fachabteilung ergibt sich eine Gesamtfördersumme in Höhe von 5.251,50 €. Drei Vereine und Verbände hätten trotz Förderung durch die Stadt Georgsmarienhütte ein Defizit von ca. 1.500,00 € – 1.900,00 € für die betroffene Maßnahme. Ein Verband hat ohne die Förderung durch die Stadt Georgsmarienhütte bereits einen Überschuss in Höhe von ca. 300,00 €. Mit einer Förderung durch die Stadt Georgsmarienhütte würde dieser Überschuss ca. 400,00 € betragen.

Ein weiterer Verband erhält für die betreffende Maßnahme eine Förderung in Höhe von 3.094,00 € vom Landkreis Osnabrück. Ohne Förderung durch die Stadt Georgsmarienhütte müsste der Verband ein Defizit in Höhe von 616,00 € für die Maßnahme selbst tragen. Mit einer Förderung der Stadt Georgsmarienhütte würde ein Überschuss in Höhe von 2.406,00 € erwirtschaftet.

Entsprechend der Richtlinien sind anderweitige Fördermittel von Bund, Land und Landkreis anrechnungsfrei, sodass eine Überfinanzierung möglich ist. Im letzten Fall bedeutet dies konkret, dass der Zuschuss des Landkreises Osnabrück bei der Ermittlung der Fördersumme nicht zu berücksichtigen ist und die Stadt Georgsmarienhütte die Maßnahme zusätzlich mit 3.022,00 € fördern müsste.

Herr Von der Heide verweist ausdrücklich auf zwei ähnlich gelagerte Anträge im Jahr 2017, bei denen die zuständigen politischen Gremien des Rates der Stadt Georgsmarienhütte beschlossen haben, verfristete eingegangene Anträge entsprechend der geltenden Förderrichtlinien abzulehnen. Es handelt sich dabei zum einen um die Kath. Kirchengemeinde Heilig Geist, Oesede, auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand für einen nachträglichen Richtlinienzuschuss zu dem Einbau einer Lärmschutzdecke/Änderung einer Brandschutztür bei der Kindertagesstätte St. Michael über 12.258,12 €. Zum anderen ging es um den Antrag des Tennisclubs Harderberg e.V. auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand für einen nachträglichen Zuschuss zu den lfd. Bewirtschaftungskosten vereinseigener Anlagen über ca. 17.200,00 €.

Eine Abweichung von den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit in der Stadt Georgsmarienhütte zugunsten der Vereine und Verbände stellt in diesem Zusammenhang eine Ungleichbehandlung und damit einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz dar.

Herr Plogmann schließt sich seinem Vorredner an. Er betont, dass der von Herrn Von der Heide beschriebene Fall des Tennisclubs Harderberg e.V. aus dem Jahr 2017 vor Gericht entschieden wurde und keine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand erfolgt ist.

Er warnt explizit davor, die Richtlinien in Frage zu stellen und eine Ausnahme von der Fristenregelung zu befürworten.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer erklärt, dass es in der Vergangenheit im jugendpflegerischen Bereich nie ein Problem gewesen sei, wenn Fristen nicht eingehalten worden waren. Die gängige Verwaltungspraxis sei eine andere gewesen. Nach Rücksprache mit einer Jugendgruppenleiterin ist dieses Problem 2017 erstmals aufgetaucht. Konkret ging es um das Pfingstlager 2017; im Herbst des Jahres wurden noch Belege angefordert, um den Antrag zu prüfen, im Januar 2018 sei dann aufgrund des zu späten Antragseingangs abgelehnt worden. Für Anträge aus 2018 seien hingegen keine Probleme ersichtlich.

Frau Spreckelmeyer stellt in dem Zusammenhang den Antrag, die Frist für die Einreichung von Unterlagen von „vier Wochen nach Ende der Maßnahme“ auf sechs Wochen – analog des Antragsverfahrens des Landkreises Osnabrück – zu verlängern.

Ausschussmitglied Herr Averdiek schließt sich seiner Vorrednerin an. Er appelliert daran, den Sinn und Zweck der Förderung – nämlich die Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen und ehrenamtlichen Engagements – nicht aus den Augen zu verlieren und spricht sich daher für eine Förderung in Höhe der von der Verwaltung geprüften Summen über Zusatzmittel aus dem Haushalt 2019 aus.

Ausschussmitglied Frau Funke bezieht sich auf das Beispiel des Tennisclubs Harderberg e.V. und plädiert für die Einhaltung der Richtlinien.

Ausschussmitglied Herr Beermann erkundigt sich, ob vor der Maßnahme eine Anmeldung der selbigen stattgefunden hat und folglich lediglich die Abrechnung zu spät eingegangen ist. Herr Von der Heide bestätigt dies.

Ausschussmitglied Herr Beermann sieht hier im Vergleich zu dem abgelehnten Antrag der Kath. Kirchengemeinde aus 2017 einen Unterschied, da diese eine Baumaßnahme umgesetzt und erst im Nachhinein einen Antrag gestellt habe. In den nunmehr in Rede

stehenden Fällen sei eine vorherige Anmeldung erfolgt, sodass der Verwaltung die Maßnahmen bekannt waren.

Ausschussmitglied Herr Schmechel stimmt seinem Vorredner zu und spricht sich für eine Förderung der Maßnahmen aus.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer betont abermals, dass in der Vergangenheit vor 2017 die gängige Verwaltungspraxis im jugendpflegerischen Bereich eine andere gewesen sei. Nun sei den Vereinen und Verbänden bekannt, dass die Fristenregelungen zu beachten wären und diese würden auch eingehalten.

Ausschussmitglied Herr Dr. Ferié spricht sich für die Einhaltung der Richtlinien und gegen eine Förderung der Maßnahmen aus.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer ist sich bewusst, dass es ein Für und Wider in Bezug auf diese Anträge und eine etwaige Ausnahme von den Richtlinien gibt. Er spricht sich dennoch für die Förderung der Maßnahmen aus.

Ausschussmitglied Frau Olbricht erkundigt sich, ob es noch andere Vereine gibt, die nach einer etwaigen Entscheidung für die Förderung der in Rede stehenden abgelehnten Anträge stellen könnten.

Herr Plogmann bestätigt dies. Ein Beispiel dafür ist der Tennisclub Harderberg e.V., der den Tagesordnungspunkt in der Einladung für die heutige Sitzung gelesen und umgehend Kontakt zu Herrn Plogmann aufgenommen hat, um sich nach einem möglichen nachträglichen Zuschuss für das Jahr 2017 zu erkundigen.

Fachbereichsleiterin Frau Happe ergänzt, dass einige Vereine und Verbände möglicherweise aufgrund der bereits abgelaufenen Frist gar keinen Antrag gestellt haben. Diese Vereine stellen bei einer entsprechenden Entscheidung der politischen Gremien nunmehr im Nachhinein ggf. noch Anträge.

Ausschussmitglied Frau Olbricht stellt den Antrag, die Angelegenheit zur Beratung zurück in die Fraktionen zu geben.

Dieser Antrag wird bei 5 Ja- und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Ausschussmitglied Frau Olbricht stellt den Antrag, die Angelegenheit zur Entscheidung an den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Dieser Antrag wird bei 5 Ja- und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag von Frau Spreckelmeyer, die Frist zur Einreichung der Unterlagen von vier auf sechs Wochen zu verlängern erfordert eine Änderung der Richtlinien.

Der Antrag auf Änderung der Richtlinien wird mit 13 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, formuliert der Ausschussvorsitzende folgenden Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion wird mit 6 Ja-, 3 Nein-Stimmen und bei 4 Enthaltungen entsprechend geändert und mehrheitlich beschlossen.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird mit 6 Ja- und 3-Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst:

Die Stadt Georgsmarienhütte zahlt im Jahr 2019 einen Sonderzuschuss als Anerkennung der erbrachten Leistungen in der Jugendarbeit an die Vereine und Verbände, die im Jahr 2017 wegen verspäteter Antragsstellung eine Ablehnung ihres Zuschussantrages erhalten haben.

Nach Prüfung der betreffenden nicht fristgerecht gestellten Anträge der sechs Vereine und Verbände beläuft sich die Fördersumme auf 5.251,50 €. Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der damals gültigen Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit in der Stadt Georgsmarienhütte.

**9. Entwurf des Fachbereichsbudget III, Teilhaushalte
Bildung und Sport, Soziales, Jugend, 2019
Vorlagen: MV/030/2018 und MV/030/2018/2**

Vor dem Einstieg in die Aussprache gibt der Ausschussvorsitzende Herrn Völskow im Rahmen der Anhörung die Möglichkeit für seinen unter TOP 1 angekündigten Wortbeitrag.

Herr Völskow stellt sich und seinen Begleiter Herrn Röntger kurz vor. Sie spielen Basketball beim SV Harderberg, ihre Gruppe umfasst 15 Personen und trainiert einmal wöchentlich in der Sporthalle.

Herr Völskow erklärt, dass während des zweiten Bauabschnitts der Sanierung der Sporthalle Harderberg im Sommer 2018 die vorhandenen elektrischen Basketballkörbe demontiert worden seien, da die Halterungen nicht den Sicherheitsbestimmungen entsprechen würden. Die Körbe sollten aber grundsätzlich wieder aufgehängt werden. Später sei nach einer Bedarfsermittlung festgestellt worden, dass die erneute Anbringung nicht notwendig sei, da die Körbe für den Schulbetrieb nicht gebraucht würden und in der Halle kein Ligabetrieb stattfindet.

Herr Völskow stimmt für den Bereich der Schulen zu, da die Grundschüler auch mit den Körben an der Hallenwand an das Basketballspiel herangeführt werden könnten. Für den Erwachsenenbereich gelte dies allerdings nicht, da die notwendigen Auslaufbereiche nicht vorhanden seien. Der nicht vorhandene Ligabetrieb sollte seiner Auffassung nach zudem kein Argument sein, um die Anbringung der Körbe nicht durchzuführen. Die Basketballabteilung fragt sich wie es sein kann, dass sich die Situation in der Halle nach zweimaliger Sanierung für den Vereinssport verschlechtert habe. Lediglich die Halterung der Körbe war defekt, nun hieße es, die gesamte Anlage müsste ausgetauscht werden. Herrn Völskow ist nicht verständlich, warum die alte, voll funktionsfähige Anlage nicht weiter benutzt werden kann. Im Gegenzug zur Wiederinstallation der Korbanlage bietet die Basketballabteilung an, bei der Gestaltung des Außengeländes um die Sporthalle herum mitzuhelfen. Dies würde zu einer Ersparnis für die Stadt führen. Sollte die Korbanlage nicht wieder installiert werden, befürchtet Herr Völskow Auswirkungen auf die Nachwuchsarbeit des Vereins, da so den jungen Menschen die Möglichkeit zur Ausübung des Sports genommen würde.

Nach erfolgter Anhörung eröffnet der Ausschussvorsitzende die Aussprache.

Er übergibt das Wort an die Fachbereichsleiterin Frau Happe, welche auf die vorliegenden Mitteilungsvorlagen sowie auf die nachgereichten Anträge verweist. Anhand einer Auflistung der Beratungsbedarfe im Haushaltsplanentwurf FB III 2019 mit Stand vom 22.11.2018 ruft sie die einzelnen Positionen zur Beratung auf.

ERGEBNISHAUSHALT

Teilhaushalt 09 – Bildung und Sport

211.01 Grundschulen

○ **Mensa Regenbogenschule**

Frau Happe führt aus, dass sich die Zahl der Teilnehmer am Ganztagsunterricht und daher auch die Zahl der Teilnehmer am Mittagessen erhöht hat. Bis Ende Februar 2019 befinden sich zusätzlich außerdem zwei Gruppen des Kindergartens „Haus der kleinen Füße“ in den Räumlichkeiten. Um den Mensabetrieb hinsichtlich räumlicher Enge und der Akustik zu entzerren, soll der Bereich, in dem momentan die Garderoben und Eigentumsfächer des Kindergartens „Haus der kleinen Füße“ untergebracht sind, nach dem Auszug des Kindergartens zum 01.03.2019 mit Möbeln für das Mittagessen der Klassen 3 und 4 ausgestattet werden. Da es sich hier um den Aulabereich handelt, der auch für andere Veranstaltungen genutzt wird, sollten die Tische mit Rollen versehen und hochklappbar sein, so dass der Transport beim Umstellen von einer einzelnen Person durchgeführt werden kann. Auf Grundlage der kürzlich neu angeschafften Möbel für den Ratssitzungssaal des Rathauses werden für die Anschaffung der Möbel für die Mensa der Regenbogenschule 10.000 € kalkuliert.

Mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis wird dieser Ansatz in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

○ **technische Ausstattung Dröperschule**

Ausschussmitglied Frau Olbricht erläutert den Antrag der SPD/FDP-Gruppe, nach dem für die Installation von technischem Equipment in der Dröperschule (Beamer im Klassenraum sowie Licht- und Lautsprecheranlage in der Aula) 1.000 € in den Haushalt einzusetzen sind.

Der Ansatz wird mit **einstimmigem** Ergebnis in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

212.01 Hauptschulen

○ **Korrektur (HS-Profilierungsprogramm)**

Zu diesem Punkt liegt bereits ein entsprechender Beschluss vor, lediglich die Einstellung in den Haushaltsplanentwurf ist noch erforderlich.

Mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis wird der Ansatz in Höhe von 26.000 € in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

215.01 Realschule

○ **Zuschuss Pupil's Company**

Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass es sich bei dem Zuschuss zur Pupil's Company um einen aus den Vorjahren bekannten Sachverhalt handelt. Das Equipment der Medienwerkstatt sollte weiter sinnvoll genutzt werden. Die Förderung der Pupil's Company wurde in den letzten vier Jahren positiv bewertet und soll nun für weitere drei Jahre fortgesetzt werden.

Ausschussmitglied Frau Funke erkundigt sich, ob es sich bei dem im Anschreiben der Pupil's Company genannten Enddatum 31.12.2019 um einen Schreibfehler handelt. Frau Happe bestätigt dies, der Vertrag läuft zum Ende des Jahres 2018 aus. Das Projekt soll weitere 3 Jahre fortgeführt werden.

Der Ansatz in Höhe von 1.500 € wird mit **einstimmigem** Ergebnis in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt

270.01 Volksbildung

o **Erhöhung Zuschuss Stadtbibliothek**

Die Erhöhung des Zuschusses setzt sich aus zwei Komponenten zusammen. Einerseits sind die tariflichen Steigerungen von 3,09 % sowie die Neubesetzung der Leitungsstelle zu berücksichtigen. Bei den Tarifsteigerungen handelt es sich um gesetzliche Vorgaben, über die nicht abzustimmen ist. Andererseits sollen erhöhte Reinigungskosten für die Beauftragung einer externen Firma sowie Kosten für die Schaffung eines Ausbildungsplatzes übernommen werden. Der jetzige Auszubildende wird mit Abschluss der Ausbildung übernommen, ein anderer Mitarbeiter scheidet aus.

Frau Lüchtfeld spricht sich für die Einrichtung eines Ausbildungsplatzes aus. Der Besetzung einer Leitungsstelle der Kinderbibliothek wird nicht zugestimmt. Der Vorschlag zu einer Organisationsstruktur sollte der neuen Bibliotheksleitung überlassen werden. Den ehrenamtlichen Mitarbeitern ist die Reinigung der Räumlichkeiten nicht zuzumuten. Die jetzige Reinigungskraft, die 9 Wochenstunden leistet, soll weiterhin beschäftigt werden, das tägliche Putzen der Toiletten, Flure, Büros etc. sollte jedoch von einer externen Firma übernommen und ergänzt werden. Eine Absprache wie beides miteinander zu verbinden ist, sollte stattfinden.

Ausschussmitglied Herr Gröne hält die Summe von 15.000,00 € für eine zusätzliche Reinigungskraft für hoch angesetzt. Vielmehr sollte geprüft werden, welche Leistungen von welcher Reinigungskraft zu übernehmen sind.

Fachbereichsleiterin Frau Happe schlägt vor, einen Betrag von 35.000,00 € in den Haushalt einzustellen und der Stadtbibliothek die deutliche Mitteilung zu machen, dass die tariflichen Änderungen sowie der Ausbildungsplatz darin enthalten sind. Der Übertragung der Funktion einer Leitung der Kinderbibliothek wird ausdrücklich nicht zugestimmt. Bezüglich der Reinigung sollen die Standards analog der städtischen Reinigungsleistungen erreicht werden, allerdings sind die 9 Wochenstunden der bereits vorhandenen Kraft anzurechnen und der Rest ggf. von einer zweiten Kraft oder Extern zu übernehmen.

Der Ansatz in Höhe von 35.000 € wird mit **einstimmigem** Ergebnis in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt

365.01 Tageseinrichtungen für Kinder

o **Hauswirtschaftskräfte**

Seit 2017 wurden jährlich 100.000 € entsprechend eines Berechnungsschlüssels für die Hauswirtschaftskräfte veranschlagt. Bereits im Haushaltsjahr 2018 war das Budget nicht mehr auskömmlich und die Zuschüsse an die Kindertagesstätten mussten entsprechend eingekürzt werden. Im Jahr 2019 wird mit dem Kindergarten „Haus der kleinen Füße“ eine weitere Einrichtung mit 5 Gruppen dazu kommen, die für die Dauer des Neubaus über die Mensa der Regenbogenschule mitversorgt wurde. Zu klären ist, ob die Berechnungsstandards beibehalten und das Budget angepasst oder der Standard gekürzt werden sollen.

Ausschussmitglied Frau Olbricht hält die Unterstützung der Kindertagesstätten bei den Kosten für die Hauswirtschaftskräfte für sinnvoll. Die bestehenden Standards sollten nicht abgesenkt werden.

Mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis wird der Ansatz auf 125.000 € erhöht und in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

421.01 Sportförderung durch Zuschüsse

- **Schützenverein Kloster Oesede**

Der Schützenverein Kloster Oesede hat Mittel für die bauliche Unterhaltung der vereinseigenen Anlage beantragt. Es ist nunmehr zu entscheiden, ob die Mittel aus dem vorhandenen Pauschalansatz in Höhe von 180.000 € geleistet werden sollen oder ob der Ansatz um den entsprechenden Förderbetrag erhöht werden soll.

Mit einstimmigem Abstimmungsergebnis spricht sich der Ausschuss dafür aus, die Mittel aus dem vorhandenen Pauschalansatz zu leisten. Ein zusätzlicher Ansatz im Haushaltsplanentwurf 2019 erfolgt nicht.

424.01 Sportstätten und Bäder

- **deckenmontierte Sportgeräte**

Mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis wird der Ansatz in Höhe von 50.000 € in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

- **Antrag SV Harderberg**

Die deckenmontierten Sportgeräte in den Sporthallen sind teilweise bereits vor 40 Jahren oder mehr montiert worden. Nachdem Mängel in der Sporthalle Harderberg festgestellt worden waren, erfolgte eine Überprüfung aller Sporthallen zur Ermittlung der Handlungsbedarfe. Dies ergab Mängel in den Sporthallen der Realschule und der Michaelisschule sowie der Sporthalle Zur Waldbühne. In der Realschule und Zur Waldbühne findet Sportunterricht im Sekundar I-Bereich statt und in der Michaelisschule werden Punktspiele durchgeführt. Diese drei Sporthallen sind somit mit Basketballanlagen auszustatten.

Frau Happe erläutert auf die Ausführungen von Herrn Völskow hin, dass ein erneutes Anbringen der alten Korbanlage in der Sporthalle des SV Harderberg keine Option darstellt, da ein neuer Grundträger notwendig ist. Der neue Grundträger müsste auf die alte Anlage angepasst werden. Sollte die Hauptanlage zu einem späteren Zeitpunkt defekt sein, müsse eine neue Anlage erworben werden, die wiederum auf den bereits vorhandenen Grundträger angepasst werden müsste. Bei dauerhaftem Bedarf ist daher die Anschaffung einer kompletten Anlage inklusive neuem Grundträger wirtschaftlicher.

Sie verweist außerdem auf den Grundsatzbeschluss der politischen Gremien, nach dem es Schwerpunkthallen für einzelne Sportarten gibt, damit nicht jede Halle die besonderen Voraussetzungen für jede Sportart vorhalten muss. Die Installation einer neuen Basketballanlage in der Sporthalle Harderberg könnte daher Begehrlichkeiten bei andern Sportvereinen wecken. Die wöchentliche Trainingszeit der Basketballmannschaft kann in einer anderen Sporthalle (Zur Waldbühne, Michaelisschule, Realschule) abgehalten werden.

Der städtische Architekt Herr Hornstein ergänzt, dass eine Neuanschaffung nur erfolgt, wenn sie nötig ist. Solange dies nicht der Fall ist, ist ein Ausweichen auf andere Hallen notwendig.

Ausschussmitglied Frau Olbricht gibt zu bedenken, dass auch Hobbygruppen unter den entsprechenden Voraussetzungen trainieren können und nicht nur die nicht vorhandenen Punktspiele als Argument gegen die Korbanlagen dienen sollten.

Der zuständige Abteilungsleiter Herr Dreier erklärt, dass es sich bei den städtischen Sporthallen um Schulsportstätten handelt und daher die Anforderungen für den Sportunterricht erfüllt sind. Darüber hinaus wird in den Sporthallen auch Vereinssport betrieben. Je nach Sportart geben die Verbände unterschiedliche Regelvorschriften vor, im Basketball z.B. die Feldgröße und die Korbhöhe. Diese Regelvorschriften sind jedoch nur beim Punktspielbetrieb zwingende Voraussetzung. Auch in Bezug auf andere Sporthallen bestehen Wünsche seitens der Sportvereine, die Halle für bestimmte Sportarten anders oder besser auszurüsten, ohne dass der entsprechende Bedarf vorhanden ist. Sowohl die Haltepunkte als auch die Stromversorgung für eine etwaige künftige Basketballanlage sind vorhanden, sodass grundsätzlich die Möglichkeit der Nachrüstung besteht, wenn der Bedarf vorhanden ist.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer spricht sich gegen den Antrag des SV Harderberg aus, da es Schwerpunkthallen für einzelne Sporthallen gibt.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer erkundigt sich, ob dem Verein die Möglichkeit, das Training in anderen Sporthallen im Stadtgebiet abzuhalten, mitgeteilt worden ist. Sie gibt zu bedenken, dass wenn die entsprechenden Voraussetzungen nicht gegeben sind, auch keine Entwicklung in die Richtung stattfindet, also Nachwuchsspieler fehlen.

Herr Plogmann ergreift das Wort und stellt fest, dass weder für eine alte Hauptanlage ein neuer Grundträger angeschafft wird noch eine neue Anlage an einen alten Grundträger montiert wird. Dieses Konstrukt stellt für keine Sporthalle eine Option dar, entweder erfolgt die Anschaffung einer kompletten neuen Anlage inklusive Grundträger und Hauptanlage oder es wird keine Anschaffung getätigt.

Herr Dreier erklärt, dass mit dem Verein bislang noch nicht über alternative Trainingsstätten gesprochen wurde, weil noch kein Bedarf bestand. Er erläutert abschließend, dass aus Sicht der Verwaltung ein „Querspielen“ auf die Körbe an den Seitenwänden trotz fehlender Feldmarkierungen kein Problem darstellt. Darüber hinaus kann der SV Harderberg mobile Körbe anschaffen, für die er im Rahmen der Sportförderung einen Antrag auf einen Zuschuss stellen könnte.

Ausschussmitglied Herr Beermann hält die Schwerpunktsetzung für die Sporthallen generell für sinnvoll, gibt aber zu bedenken, dass Basketball eine Breitensportart ist. Eine Anlage in der Sporthalle Harderberg hält er daher für sinnvoll.

Ausschussmitglied Frau Funke spricht sich gegen den Antrag des SV Harderberg aus, da er eine Ausnahme vom Grundsatzbeschluss der Schwerpunkthallen darstellt. Über die Schwerpunktsetzung wurde nach längerer Diskussion eine Einigung erzielt. Es sollte jetzt nicht gleich wieder eine Ausnahme gemacht werden. Die wöchentliche Fahrt zur Michaelisschule für das Training hält sie für zumutbar.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Der Ansatz in Höhe von 15.000 € für den Antrag des SV Harderberg wird mit 5 Ja- und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Teilhaushalt 11 – Soziales

351.07 sonstige soziale Angelegenheiten

- **Beratungsstelle Diakonie**

Das Diakonische Werk hat aufgrund der Zunahme der pathologischen Glücksspieler eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses beantragt. Der Zuschuss lag in der Vergangenheit seit 2012 bei 5.000 € jährlich, eine konkrete neue Summe hat das Diakonische Werk nicht angegeben.

Ausschussmitglied Frau Olbricht spricht sich für den Antrag des Diakonischen Werks aus, da die Zunahme der pathologischen Glücksspieler auch eine Erhöhung der Einnahmen durch die Vergnügungssteuer nach sich zieht. Da der Antrag jedoch kurzfristig eingegangen und keine konkrete Summe benannt ist, spricht sie sich dafür aus, die Angelegenheit zur Beratung in die Fraktionen zu geben und bittet die Verwaltung beim Diakonischen Werk zu erfragen, welche Summe angedacht ist.

Mit 8 Ja- und 5 Nein-Stimmen wird der Antrag zurück in die Fraktionen gegeben.

361.02 Kindertagespflege

- **Korrektur (Ansatz Elternbeiträge)**
Mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis wird der Ansatz in Höhe von 35.000 € in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.
- **Teilersatz Elternbeiträge des LK OS**
Mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis wird der Ansatz in Höhe von 17.500 € in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.
- **Mehrkostenbeteiligung LK OS (Pflegegelder)**
Mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis wird der Ansatz in Höhe von 47.500 € in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

FINANZHAUSHALT

Zum Investitionsplan 2019 erklärt Fachbereichsleiterin Frau Happe, dass eine Rangfolge der Maßnahmen im Finanzausschuss festzulegen ist. Im Anschluss folgen zu jeder Maßnahme kurze Ausführungen:

- **I09-15-007 Sanierung SH Harderberg**
Bei dieser Maßnahme handelt es sich um den letzten von mehreren Teilabschnitten, der Auszahlungsbetrag in Höhe von 60.000 € ist für den Außenbereich und die Zuwegungen vorgesehen.
- **I09-16-004 Außenanlagen Sporthalle Realschule**
Herr Hornstein erläutert, dass es sich um den Hartplatz hinter der Sporthalle der Realschule handelt. Umzusetzen sind Sicherungsmaßnahmen mit akutem Handlungsbedarf und die Erneuerung des Zaunes.
- **I09-16-006 Kleintraktor Sophie-Scholl-Schule**
Die im Haushalt 2018 für den Kleintraktor der Sophie-Scholl-Schule bereitgestellten Mittel wurden entsprechend dem Beschluss der zuständigen politischen Gremien zur Deckung überplanmäßiger Ausgaben für den Neubau des Kindergartens Haus der kleinen Füße verwendet und sind im Haushalt 2019 neu zu veranschlagen.
- **I09-18-004 Neubau Michaelisschule**
Beim Ansatz für die Michaelisschule handelt es sich um Mittel für den beschlossenen Neubau.
- **I09-18-005 Sanierung Sporthalle Realschule**

Die Mittel sind für den 2. Bauabschnitt veranschlagt. Da für die Maßnahme KIP-Fördermittel beantragt sind, muss die Maßnahme bis Ende 2019 abgerechnet sein und der Verwendungsnachweis vorliegen.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer schlägt vor bei dieser Gelegenheit zu ermitteln, welche Maßnahmen notwendig wären, um die Realschulsporthalle auch als Veranstaltungshalle nutzen zu können.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erläutert, dass dies einen Baustopp und eine umfangreiche Planung und Kalkulation bedeuten würde. Die KIP-Fördermittel werden dadurch gefährdet. Ihrer Auffassung nach wäre zu gegebener Zeit ein Konzept auch für die Sporthalle der Michaelisschule zu prüfen.

Herr Hornstein erklärt, dass es sich bei diesem Bauabschnitt lediglich um energetische Sanierungsmaßnahmen handelt, also Dämmmaßnahmen umgesetzt und die Fenster modernisiert werden, die keinen Einfluss auf das Innere der Sporthalle haben.

○ **109-19-001 Sportheim SFO**

Die Beratungen zum Sportheim des SFO sind abgeschlossen und die Mittel sind in den Haushalt einzustellen.

○ **109-19-002 Ausbau Sophie-Scholl-Schule**

Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass die Planung und Umsetzung des Ausbaus der Sophie-Scholl-Schule bereits 2019 begonnen werden müssen, um eine Aufgabe der Außenstelle bis 2021 zu gewährleisten. Sie verweist dazu auch auf die Ausführungen von Lehrervertreter Herrn Reinhardt zu TOP 11.1 in der letzten Sitzung vom 18.10.2018. Frau Happe bittet den Schulausschuss, für diese Position eine Empfehlung für die vom Finanzausschuss festzulegende Reihenfolge auszusprechen.

Der Ausschuss spricht sich fraktionsübergreifend dafür aus, dass die Maßnahme eine sehr hohe Priorität hat, das Vorhaben sollte neben dem Neubau der Michaelisschule an erster Stelle stehen. Dieses Stimmungsbild wird an den Finanzausschuss weitergegeben.

○ **109-99-005 Zuschüsse Sportvereine**

- Der Tennisclub Oesede e.V. und der BSV Holzhausen e.V. haben im Rahmen der Sportförderrichtlinien Mittel für ein Gartenhaus bzw. einen Regenunterstand beantragt. Der ursprüngliche Ansatz in Höhe von 2.000 € ist um die dafür zu veranschlagenden Mittel in Höhe von 4.300 € zu erhöhen.

Mit **einstimmigem** Abstimmungsergebnis wird der Ansatz auf 6.300 € erhöht und in den Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt.

- Herr Dreier führt aus, dass der VfL Kloster Oesede e.V. einen Förderantrag für den Neubau einer Flutlichtanlage am Rasenplatz Zur Waldbühne gestellt hat. Der ursprüngliche Antrag datiert aus 2015 und wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 von den zuständigen politischen Gremien abgelehnt. Im Jahr 2017 hat der VfL Kloster Oesede einen veränderten Antrag gestellt, der mit dem aktuellen Schreiben ergänzt wurde. Es soll sich bei der Flutlichtanlage um eine vereinseigene Anlage handeln, die Finanzierung ist über Eigenkapital und Kredite gesichert. Über die Sportförderrichtlinien wäre aus Sicht des Vereins eine Bezuschussung in Höhe von 20 % der nachgewiesenen Kosten, max. 14.700 € wünschenswert.

Herr Dreier weist auf die grundsätzliche Beschlusslage hin, dass an Rasensportplätzen keine Flutlichtinstallation vorgesehen ist, da so die Nutzung des Rasensportplatzes bei dafür nicht geeigneten Voraussetzungen (Dunkelheit, schlechter Witterung) ermöglicht wird, welches unter Umständen einen höheren Unterhaltungsaufwand zur Folge haben könnte. Dies bestätigt die Tatsache, dass durch den Bau des Kunstrasenplatzes und die damit einhergehende geringere Belastung des Rasenplatzes letzterer keiner Sanierung mehr bedarf.

Die Verwaltung würde dem Bau der vereinseigenen Flutlichtanlage nur unter der Bedingung zustimmen, dass der Verein gewährleistet, den Rasenplatz nicht übermäßig zu nutzen und der Stadt Georgsmarienhütte Steuerungsmöglichkeiten der Flutlichtanlage eingeräumt werden. Die Baukosten und die Kosten der laufenden Unterhaltung trägt der Verein.

Ausschussmitglied Frau Olbricht stimmt dieser Vorgehensweise zu, sofern auch der Verein damit einverstanden ist.

Ausschussmitglied Herr Krüger spricht sich dafür aus, die Angelegenheit zur Beratung in die Fraktionen zu geben.

Der Antrag wird **einstimmig** zur Beratung zurück in die Fraktionen verwiesen.

○ **I09-16-001 Alte Wanne**

Ausschussmitglied Frau Olbricht sieht die Maßnahme an dritter Stelle nach dem Ausbau der Sophie-Scholl-Schule und dem Neubau der Michaelisschule. Ausschussmitglied Herr Averdiek erkundigt sich, ob die Sanierung der Turnhalle parallel zu den Maßnahmen am Rehlberg umgesetzt werden soll oder ob der Rehlberg zuerst abgewickelt werden sollte. Frau Happe erklärt, dass bei dieser Entscheidung zu bedenken ist, dass Nutzungen aus dem Sportlerheim Rehlberg für die Bauphase in die Turnhalle Alte Wanne verlagert werden. Bei zeitgleicher Sanierung käme es zu weiteren Nutzungseinschränkungen.

Herr Plogmann weist darauf hin, dass bislang nur über die zusätzlich eingebrachten Posten gesprochen wurde. Es muss allerdings über den gesamten Haushaltsentwurf abgestimmt werden.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Gesamthaushaltsentwurf abstimmen.

Der Gesamthaushaltsentwurf wird mit 11 Ja-Stimmen und bei 2 Enthaltungen **einstimmig** angenommen.

10. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

11. Anfragen

11.1. Vorstellung der neuen Flüchtlingssozialarbeiterin der Caritas

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer schlägt vor, dass sich die neue Flüchtlingssozialarbeiterin der Caritas, Frau Sorkalla, im Ausschuss vorstellt.

Antwort der Verwaltung:

Es wird Kontakt mit Frau Sorkalla aufgenommen und sie wird zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen.

11.2. Vereinsliste

Ausschussmitglied Herr Averdiek bittet darum, die Vereinsliste mit den Ansprechpartnern um die Angaben zu E-Mail und Telefonnummer zu ergänzen, da so die Vernetzung unter den Vereinen besser zustande kommen kann.

Antwort der Verwaltung:

Da es sich um personenbezogene Daten handelt, müsste eine Erlaubnis von den Betroffenen eingeholt werden. Die Anfrage wird an die zuständige Abteilung weitergegeben.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Ruthemeyer
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Geier Riemann
Protokollführung